

Fragen

für die Fragestunde der 211. Sitzung des Deutschen Bundestages
am Mittwoch, dem 24. Februar 2021

Verzeichnis der Fragenden

<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Akbulut, Gökay (DIE LINKE.)	72, 73	Holtz, Ottmar von (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	79, 80
Amtsberg, Luise (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	67	Hunko, Andrej (DIE LINKE.)	76, 77
Badum, Lisa (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	83, 84	Jelpke, Ulla (DIE LINKE.)	66, 92
Bayram, Canan (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	15, 33	Jung, Christian, Dr. (FDP)	42, 65
Brandner, Stephan (AfD)	1, 2	Kekeritz, Uwe (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	57, 78
Dağdelen, Sevim (DIE LINKE.)	13, 86	Kindler, Sven-Christian (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	40, 41
Dahmen, Janosch, Dr. (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	28, 29	Klein-Schmeink, Maria (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	24, 25
De Masi, Fabio (DIE LINKE.)	35, 36	Konrad, Carina (FDP)	17, 18
Ebner, Harald (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	19, 20	Kotting-Uhl, Sylvia (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	49, 50
Faber, Marcus, Dr. (FDP)	5, 6	Kraft, Rainer, Dr. (AfD)	89, 90
Friesen, Anton, Dr. (AfD)	70, 71	Krischer, Oliver (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	34, 51
Gastel, Matthias (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	47, 48	Künast, Renate (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	22, 23
Gehring, Kai (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	82	Kuhle, Konstantin (FDP)	68, 69
Gelbhaar, Stefan (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	43, 44	Lay, Caren (DIE LINKE.)	61
Hänsel, Heike (DIE LINKE.)	14, 75	Lemke, Steffi (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	21
Hahn, André, Dr. (DIE LINKE.)	46, 55	Luksic, Oliver (FDP)	32, 64
Herbst, Torsten (FDP)	45, 85	Movassat, Niema (DIE LINKE.)	58
Herrmann, Lars (fraktionslos)	26	Müller, Alexander (FDP)	4
Hoffmann, Christoph, Dr. (FDP)	10, 11	Nestle, Ingrid, Dr. (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	63
Hohmann, Martin (AfD)	62		

<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Neu, Alexander S., Dr. (DIE LINKE.)	12	Schulz-Asche, Kordula (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	37, 38
Peterka, Tobias Matthias (AfD)	9, 27	Stumpp, Margit (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	52, 74
Pflüger, Tobias (DIE LINKE.)	7, 8	Theurer, Michael (FDP)	30, 31
Polat, Filiz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	3, 16	Verlinden, Julia, Dr. (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	81
Renner, Martina (DIE LINKE.)	87, 88	Zimmermann, Sabine (Zwickau) (DIE LINKE.)	39, 91
Schäffler, Frank (FDP)	56		
Schmidt, Stefan (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	59, 60		
Schreiber, Eva-Maria (DIE LINKE.)	53, 54		

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

	<i>Seite</i>
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung.....	4
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft	7
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit	9
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur	12
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit	14
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung und Forschung	15
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung	16
Geschäftsbereich der Bundeskanzlerin und des Bundeskanzleramtes....	17
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen	17
Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern, für Bau und Heimat	19
Geschäftsbereich des Auswärtigen Amtes.....	21
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie	24
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz und für Verbraucherschutz.....	25
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales.....	26

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums der
Verteidigung**

1. Abgeordneter
Stephan Brandner
(AfD) Wie bewertet die Bundesregierung die Einsatzbereitschaft der Bundeswehr insgesamt, und wie begründet sie ihre Antwort?
2. Abgeordneter
Stephan Brandner
(AfD) Besteht nach Kenntnis der Bundesregierung die konkrete Absicht, in der Bundeswehr eine muslimische Seelsorge einzurichten (<https://augengeradeaus.net/2019/04/seelsorge-in-der-bundeswehr-militaer-rabbiner-kommen-muslimische-geistliche-geplant/>), und falls dem so sein sollte, bis wann genau soll dies umgesetzt werden?
3. Abgeordnete
Filiz Polat
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN) Plant die Bundesregierung eine Änderung der allgemeinen Regelung A-2641/4 „Fürsorge in Todesfällen“, um eine Gleichbehandlung von muslimischen Soldatinnen und Soldaten bei der Unterstützung und Kostenübernahme im Falle der Bestattung zu gewährleisten, und wie stellt die Bundesregierung sicher, dass die Kostenübernahme, insbesondere für Leichentücher, keinen Ausnahmefall darstellt (vgl. www.sueddeutsche.de/politik/bundeswehr-auslandseinsatz-muslime-1.5198733)?
4. Abgeordneter
Alexander Müller
(FDP) Wie viele Perspektivkonferenzen und Lehrgänge der Bundeswehr sind für das Jahr 2021 geplant (bitte nach Art und geplanter Anzahl der Teilnehmer aufschlüsseln)?
5. Abgeordneter
Dr. Marcus Faber
(FDP) Beabsichtigt die Bundesregierung, wie es der Generalinspekteur in der Presse vorgeschlagen hat (www.welt.de/politik/deutschland/article223639720/Bundeswehr-Generalinspekteur-Eberhard-Zorn-sieht-Nato-Ziele-gefaehrdet.html), die NATO-Verteidigungsplanungsziele „nach unten“ zu korrigieren, und welche konkreten NATO-Planungsziele sind bereits heute – hinsichtlich Zeit und Kosten – nicht mehr erfüllbar?
6. Abgeordneter
Dr. Marcus Faber
(FDP) Wie ist das weitere Vorgehen der Bundesregierung zur Bewaffnung von Drohnen der Bundeswehr, da diese bewaffneten Drohnen eben dem Schutz der Soldatinnen und Soldaten dienen können und die bestmögliche Ausrüstung im Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD verankert ist, und wann ist mit einer Entscheidung zu rechnen?

7. Abgeordneter
Tobias Pflüger
(DIE LINKE.)
- Welchen Stand hat das Verfahren zur Beantragung eines weiteren Flugkorridors für Drohnen durch die US-Luftwaffe, mit dem die beiden Truppenübungsplätze Hohenfels und Grafenwöhr verbunden werden sollen (Bundestagsdrucksache 19/25737, Antwort zu Frage 4), und welche Drohnen sollen dort verkehren dürfen?
8. Abgeordneter
Tobias Pflüger
(DIE LINKE.)
- Wann und aus welchen Erwägungen hat sich die Bundeswehr entschieden, die Beschaffung des drohnengestützten „Wirkmittels zur abstandsfähigen Bekämpfung von Einzel- und Punktzielen“ (WABEP), das mit Zulauf eines ersten Systems im Jahr 2013 aus einer Aufklärungsdrohne (KZO) und einer Kamikazedrohne (HAROP, https://de.wikipedia.org/wiki/IAI_Harop) bestanden hätte, nicht mehr weiterzuerfolgen (Stand und Perspektiven der militärischen Nutzung unbemannter Systeme [www.tab-beim-bundestag.de])?
9. Abgeordneter
Tobias Matthias Peterka
(AfD)
- Plant die Bundesregierung, die im Wege der Bekämpfung der Corona-Pandemie für notwendig erachteten Amtshilfekonningente, bezogen auf eingesetzte Bundeswehrosoldaten, weiter zu erhöhen, und wird die Gefahr gesehen, dass eine nicht nur vorübergehende Defunktionalisierung der Bundeswehr als „Ersatz-THW“ die Kerneinsatzbereitschaft der Truppe negativ beeinträchtigt (vgl. FAZ vom 4. Februar 2021, <https://faz.net/aktuell/politik/inland/corona-hilfe-in-altenheimen-bundeswehr-general-fordert-ende-17181171.html> und <https://faz.net/aktuell/politik/inland/bundeswehr-einsatz-in-der-corona-pandemie-stark-umstritten-17181472.html>, abgerufen am 11. Februar 2021)?
10. Abgeordneter
Dr. Christoph Hoffmann
(FDP)
- In wie vielen Stadt- und Landkreisen in Baden-Württemberg leistet die Bundeswehr aktuell Amtshilfe im Zuge der Corona-Krise, und wie viele der dabei eingesetzten Soldatinnen und Soldaten haben sich während dieses Einsatzes mit dem SARS-CoV-2-Virus infiziert?
11. Abgeordneter
Dr. Christoph Hoffmann
(FDP)
- Hat die Bundesregierung mittlerweile eine Entscheidung bezüglich des Vergabeverfahrens zur Beschaffung eines neuen Sturmgewehrs für die Bundeswehr getroffen (www.handelsblatt.com/politik/deutschland/g36-nachfolger-etappensieger-heckler-undkoch-verteidigungsministerium-stoppt-sturmgewehr-auftrag-fuer-haenel/26262150.html?ticket=ST-48489011x0QeuA0rxYEI2EidTW-ap6), und wie viele in Deutschland ansässige Hersteller sind nach Kenntnis der Bundesregierung in der Lage, einen Auftrag in der geforderten Größenordnung fristgerecht zu erfüllen?

12. Abgeordneter
Dr. Alexander S. Neu
(DIE LINKE.)
- Welche Beschlüsse wurden (z. B. im Zuge der Videokonferenz der NATO-Verteidigungsministerinnen und -minister am 17./18. Februar 2021) bezüglich einer Ausweitung der NATO-Ausbildungsmission im Irak auf ca. 4.000 bis 5.000 Soldatinnen und Soldaten, ggf. mit dem Ziel einer ausgedehnteren Rolle der NATO im Nahen Osten (ggf. mit Abflauen der Coronavirus-Pandemie), ggf. auch unter Einbeziehung von Kräften, die nicht unter der direkten Kontrolle der irakischen Regierung stehen, gefasst (vgl. Reuters, 16. Februar 2021), und welche Beiträge (beispielsweise personell, finanziell, Infrastruktur/Waffensysteme etc.) soll nach derzeitigen Vorstellungen der Bundesregierung die Bundesrepublik Deutschland dazu leisten?
13. Abgeordnete
Sevim Dağdelen
(DIE LINKE.)
- Inwieweit gibt es bereits ein Einverständnis mit der irakischen Regierung über die personelle Aufstockung für den NATO-Einsatz im Irak von derzeit 300 auf rund 4.000 Soldatinnen und Soldaten und die Ausdehnung über die Hauptstadtregion Bagdad hinaus (AFP vom 18. Februar 2021), und in welchem Umfang (maximale Personalstärke, zusätzliche finanzielle Mittel, zusätzliches Material) wird sich die Bundesregierung an diesem ausgeweiteten und ausgedehnten NATO-Einsatz beteiligen vor dem Hintergrund, dass sie die Bereitstellung einer zwei- bis dreistelligen Zahl an Soldaten erwägt (dpa vom 18. Februar 2021)?
14. Abgeordnete
Heike Hänsel
(DIE LINKE.)
- Welche Bundeswehrstandorte werden für die Unterstützung von Defender Europe 2021 zur Verfügung gestellt (bitte einzeln nach Bundesländern auflisten), und wie ist der voraussichtliche Streckenverlauf der Truppenverlegung durch Deutschland (www.lr-online.de/nachrichten/brandenburg/defender-europe-21-gross-manoever-der-usa-_was-kommt-auf-die-lausitz-zu_-54880745.html)?
15. Abgeordnete
Canan Bayram
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie lange will die Bundesregierung die Bundeswehr weiterhin in Afghanistan einsetzen, obwohl die USA mit den Taliban den Abzug aller Truppen bis zum 30. April 2021 vereinbart haben (www.tagesschau.de/inland/bundeswehr-afghanist-an-mandat-101.html) sowie das Land weder befriedet noch ein Ende des bereits 20-jährigen Einsatzes absehbar ist (www.rnd.de/politik/der-afghanistan-einsatz-krieg-und-kein-ende-5HDKW7HTAZFURLR5IGWVCRF7WA.html), und wie lauten präzise die der Bundeswehr noch verbleibenden Ziele in dem – wahrscheinlich vorhandenen – Abzugsplan der Bundesregierung für die dort eingesetzten deutschen Soldaten?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für
Ernährung und Landwirtschaft**

16. Abgeordnete
Filiz Polat
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Maßnahmen plant die Bundesregierung zur Umsetzung der Ziele der Bundesländer, die im Bundesratsbeschluss „Erweiterung der tierschutzgerechten Weideschlachtung“ am 5. Mai 2020 (Bundesratsdrucksache 94/20) gefasst wurden, und wie setzt sich die Bundesregierung bei der EU-Kommission dafür ein, dass die Forderungen der Bundesländer, die EU-Recht tangieren, umgesetzt werden?
17. Abgeordnete
Carina Konrad
(FDP)
- Sieht die Bundesregierung den Einsatz resistenter Sorten und moderner Gentechnik als ein Instrument zur Reduzierung des Einsatzes von Pflanzenschutzmitteln und somit zum Schutz von Insekten an?
18. Abgeordnete
Carina Konrad
(FDP)
- Zu welchem Zeitpunkt wurde die Zukunftskommission Landwirtschaft in den Prozess zur Entstehung des Insektenschutzgesetzes involviert, und wie wurden die Vorschläge der Landwirtschaft eingebunden?
19. Abgeordneter
Harald Ebner
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welcher Anteil der bislang im Bundeshaushalt für den Insektenschutz vorgesehenen 140 Mio. Euro (siehe Bundesministerin für Ernährung und Landwirtschaft Julia Klöckners Aussage in der Pressekonferenz am 10. Februar 2021 zum Kabinettsbeschluss Insektenschutzgesetz) ist für Ausgleichszahlungen oder andere Fördermaßnahmen im Rahmen freiwilliger Vereinbarungen zum Pestizidverzicht auf Acker- und Sonderkulturflächen in Flora-Fauna-Habitat-(FFH)-Gebieten vorgesehen, welche die Bundesregierung bei der Umsetzung des Insektenschutzgesetzes in den kommenden drei Jahren anstrebt (vgl. www.rll-ag.de/news-ansicht/kabinetts-beschliesst-kloeckner-schulze-kompromiss), und befürwortet die Bundesregierung den Vorschlag der Bundesministerin für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit Svenja Schulze, die Umschichtung der Agrarförderung in die zweite Säule auf 8 Prozent zu erhöhen, um solche Ausgleichszahlungen an Landwirte in FFH-Gebieten zu finanzieren (siehe www.badische-bauern-zeitung.de/schulze-will-mehr-umschichten)?

20. Abgeordneter
Harald Ebner
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Auf welche Fakten bzw. Erkenntnisse stützt die Bundesministerin für Ernährung und Landwirtschaft Julia Klöckner ihre Einschätzung eines Scheiterns des laufenden Wiederzulassungsverfahrens für Glyphosat (vgl. Aussage „Ich sehe für Glyphosat nach Ende der EU-Zulassung keine Zukunft“ im Rahmen der Pressekonferenz am 10. Februar 2021 zum Kabinettsbeschluss Insektenschutzgesetz/Pflanzenschutz-Anwendungsverordnung), und welche neuen Maßnahmen wird die Bundesregierung einleiten, um den Betrieben den von der Bundesministerin für Ernährung und Landwirtschaft Julia Klöckner erwarteten vollständigen Ausstieg aus Glyphosat ab 2024 zu erleichtern?
21. Abgeordnete
Steffi Lemke
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Behörde soll statt der Naturschutzbehörde, gemäß § 4 der Neufassung der Pflanzenschutz-Anwendungsverordnung, die am 10. Februar 2021 im Kabinett beschlossen wurde, für die Ausnahmegenehmigung nach § 4 Absatz 2 PflSchAnwV bei der Anwendung von Pestiziden in Gebieten mit Bedeutung für den Naturschutz in Zukunft zuständig sein, und welchen fachlichen Grund gibt es dafür?
22. Abgeordnete
Renate Künast
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wann wurde dem Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft die Machbarkeitsstudie zur Umsetzung der Empfehlungen des Kompetenznetzwerks Nutztierhaltung zugeleitet (www.topagrar.com/schwein/news/warum-zieht-sich-die-umsetzung-des-borchert-plans-in-die-laenge-12481142.html), und was ist deren wesentlicher Vorschlag?
23. Abgeordnete
Renate Künast
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie viele Projekte, Vorhaben bzw. Betriebe zur Züchtung von sogenannten Zweinutzungshühnern sind der Bundesregierung bekannt (bitte aufteilen nach ökologisch zertifizierter und konventioneller Wirtschaftsweise), und wie begegnet die Bundesregierung den bestehenden Problemen (etwa bei der Zucht und Vermarktung) von sogenannten Zweinutzungsrassen von Hühnern?
24. Abgeordnete
Maria Klein-Schmeink
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Inwieweit hat die Bundesregierung die Absicht, kurzfristige Beschäftigungen von Erntehelfern, wie von landwirtschaftlichen Verbänden gefordert (www.topagrar.com/management-und-politik/news/ig-bau-mahnt-keine-discount-ernte-mit-corona-risiko-fuer-erntehelfer-12475140.html), zeitlich auszuweiten und diese Menschen damit länger aus der Krankenversicherungspflicht herauszunehmen?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für
Gesundheit**

25. Abgeordnete
Maria Klein-Schmeink
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Plant die Bundesregierung eine weitere Ausweitung der Kinderkrankentage, da angesichts der fortbestehenden Pandemie und der Bedrohung durch Coronavirus-Mutationen, die dazu führen könnten, dass die Schulen weiterhin nicht öffnen können oder wieder schließen müssen (vgl. www.rnd.de/politik/schulen-und-kitas-nicht-offnen-intensivmediziner-warnen-vor-dritter-corona-welle-S-T3URKDAAJBPVNZQWHULYQFAYU.html), die regulären und die zusätzlichen Kinderkrankentage nach meiner Auffassung aufgebraucht sein dürften, und welche Regelungen schlägt die Bundesregierung für Eltern vor, die nicht gesetzlich versichert sind?
26. Abgeordneter
Lars Herrmann
(fraktionslos)
- Wie viele Menschen, von denen bisher 60.000 wegen einer COVID-19-Infektion verstorben sind (Regierungserklärung der Bundeskanzlerin am 11. Februar 2021 unter TOP 5), hätten nach Kenntnis der Bundesregierung bei ausreichendem Vorhandensein von Impfstoff noch am Leben sein können, und welchen Stellenwert nimmt das parlamentarische Fragerecht – insbesondere bei Fragen zur aktuellen Pandemie – von frei gewählten Bundestagsabgeordneten im Bundesministerium für Gesundheit (BMG) ein vor dem Hintergrund der mutmaßlichen Antwort des BMG auf meine Mündliche Frage 38, Plenarprotokoll 19/208, S. 26283 C?
27. Abgeordneter
Tobias Matthias Peterka
(AfD)
- Welche Erkenntnisse liegen der Bundesregierung derzeit über die Wirksamkeit des russischen Corona-Impfstoffs „Sputnik V“ vor, und wird vor dem Hintergrund der allgemeinen Impfstoffknappheit Anlass gesehen, auf dessen Zulassung und Verabeichung auch in Deutschland, respektive in der EU, insgesamt hinzuwirken (vgl. dazu WELT online vom 2. Februar 2021 – <https://welt.de/politik/ausland/article225527845/Corona-Impfstoff-Russisches-Sputnik-V-laut-Studie-zu-91-6-Prozent-wirksam.html> und bereits FAZ vom 31. Januar 2021 – <https://faz.net/aktuell/wirtschaft/knappheit-des-corona-impfstoffs-anreize-fuer-mehr-produktion-17174398.html>, beide abgerufen am 11. Februar 2021)?

28. Abgeordneter
Dr. Janosch Dahmen
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie und in welchem Zeitraum plant die Bundesregierung, den gemäß der Coronavirus-Impfverordnung vom 8. Februar 2021 auch für Personen, die weder ihren Wohnsitz noch gewöhnlichen Aufenthaltsort in Deutschland haben, aber in Deutschland gesetzlich oder privat krankenversichert sind, bestehenden Anspruch auf eine Coronavirus-Schutzimpfung gemäß der in der Impfverordnung verankerten Impfreiheitenfolge im europäischen und außereuropäischen Ausland umzusetzen?
29. Abgeordneter
Dr. Janosch Dahmen
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Plant die Bundesregierung, Menschen mit deutscher Staatsangehörigkeit und ihre Familien, deren Wohnsitz und/oder gewöhnlicher Aufenthaltsort im Ausland liegt und die keine deutsche private oder gesetzliche Krankenversicherung besitzen, beim Erlangen eines Zugangs zu Coronavirus-Schutzimpfungen zu unterstützen, und wenn ja, wie?
30. Abgeordneter
Michael Theurer
(FDP)
- Seit wann ist der Bundesregierung bekannt, dass bei den Produktionskapazitäten zur Herstellung von Corona-Impfstoffen einschließlich herkömmlicher Vektorimpfstoffe ein Engpass bzw. erhebliche, zu harten Wochen führende Knappheiten (Zitat Bundesgesundheitsminister Jens Spahn, www.faz.net/aktuell/politik/inland/jens-spahn-warnt-vo-r-knappheit-bei-corona-impfstoff-bis-fruehjahr-17177011.html) herrschen, und welche Mittel wurden von der Bundesregierung bewilligt, um diesem Engpass entgegenzuwirken?
31. Abgeordneter
Michael Theurer
(FDP)
- Was hat die Bundesregierung unternommen, um den Aufbau einer europäischen Impfstoffproduktionskapazitätsreserve am Standort Dessau-Roßlau zu unterstützen, und welche weiteren Unterstützungsmöglichkeiten sieht die Bundesregierung für den Aufbau von Impfstoffproduktionskapazitäten an diesem Standort?
32. Abgeordneter
Oliver Luksic
(FDP)
- An welchen Standorten sollen die von der Bundesregierung Ende Januar geordneten monoklonalen Antikörper-Medikamente zunächst zum Einsatz kommen, und was unternimmt sie, um den Einsatz dieser Medikamente in Deutschland zu ermöglichen (www.sr.de/sr/home/nachrichten/politik_wirtschaft/covid-19-medikament_ungenutzt_unklinik_homburg_100.html)?

33. Abgeordnete
Canan Bayram
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Inwieweit orientiert die Bundesregierung ihre weiteren Maßnahmen gegen die Corona-Pandemie an dem Ratschlag und der Mahnung des CDU-Vorsitzenden Armin Laschet vom 15. Februar 2021 (so zum Beispiel „nicht immer neue Grenzwerte erfinden, um zu verhindern, dass Leben wieder stattfindet“ – siehe www.tagesspiegel.de/gesellschaft/panorama/kritik-an-cdu-chef-nach-aussage-zu-grenzwerten-laschet-zerstoert-vertrauen-in-die-corona-massnahmen/26920374.html), und wird die Bundesregierung angesichts der von Bundesgesundheitsminister Jens Spahn angeführten möglicherweise absehbar gefährlichen Lageentwicklung in der Corona-Pandemie rechtzeitig genug vor den Osterferien zwecks Planungssicherheit für die Bevölkerung Besuchs- beziehungsweise Urlaubsreisen im In- und Ausland im Benehmen mit den Bundesländern verbieten lassen?
34. Abgeordneter
Oliver Krischer
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie viele Infektionen wurden jeweils in den letzten drei Monaten jeweils in den Kreisen Düren und Heinsberg und in der Städteregion Aachen nach Kenntnis der Bundesregierung in die Corona-Warn-App eingetragen?
35. Abgeordneter
Fabio De Masi
(DIE LINKE.)
- Ist es zutreffend, dass der Bundesgesundheitsminister Jens Spahn in seiner Kommunikation mit Andrea Tandler Angebote für Masken von der Firma Emix erhalten und diese Angebote bereits eigenständig zugesagt hat (siehe auch www.spiegel.de/politik/deutschland/jens-spahn-die-lobbyistin-und-schweizer-schnoesel-skandal-um-ueberteuer-te-corona-masken-a-00000000-0002-0001-0000-000174874865)?
36. Abgeordneter
Fabio De Masi
(DIE LINKE.)
- Hat das Bundesgesundheitsministerium in den fünf Monaten nach Beendigung des Open-House-Verfahrens zur Beschaffung von PSA (persönlicher Schutzausrüstung) noch Verträge mit der Firma Emix über die Lieferung von PSA geschlossen, und wenn ja, wann wurden diese Verträge geschlossen (siehe auch www.spiegel.de/politik/deutschland/jens-spahn-die-lobbyistin-und-schweizer-schnoesel-skandal-um-ueberteuer-te-corona-masken-a-00000000-0002-0001-0000-000174874865)?
37. Abgeordnete
Kordula Schulz-Asche
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wer vertritt die Bundesrepublik Deutschland im Government Chief Nursing Officer Network der Weltgesundheitsorganisation (WHO) und warum?

38. Abgeordnete
Kordula Schulz-Asche
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche konkreten Pläne hat die Bundesregierung für die Zeit während der Corona-Pandemie, um eine verbesserte Vernetzung zum Schutz der Bevölkerung zu erwirken, und inwiefern verzögert sich – nach Ansicht der Bundesregierung – eine Evaluation, die den Gesundheits- und Bevölkerungsschutz in den Vordergrund stellt, womöglich bis zum Ende der pandemischen Situation?
39. Abgeordnete
Sabine Zimmermann (Zwickau)
(DIE LINKE.)
- Wie hoch war nach Kenntnis der Bundesregierung in den Jahren 1991, 2000, 2010, 2015, 2018 und 2019 jeweils die Zahl der Krankenhäuser und die Zahl der Krankenhausbetten in Deutschland (bitte für die Jahre 1991 [hilfsweise: 2005] und 2019 [hilfsweise: 2018] zusätzlich auch nach öffentlich, freigemeinnützig und privat aufschlüsseln)?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur

40. Abgeordneter
Sven-Christian Kindler
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie viele Kilometer Bundesschienenwege wurden in Niedersachsen zwischen 2009 und 2020 neu gebaut, und wie viele Kilometer Bundesfernstraßen wurden in Niedersachsen zwischen 2009 und 2020 neu gebaut (bitte jahresscheibengenau aufschlüsseln und jeweils die Gesamtsummen angeben)?
41. Abgeordneter
Sven-Christian Kindler
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie viele Bahnhöfe und Haltestationen der Deutschen Bahn AG in Niedersachsen sind derzeit (Stand: Februar 2021) vollkommen barrierefrei im Sinne der EU-Behindertenrechtskonvention (vgl. www.behindertenrechtskonvention.info/zuganglichkeit-3790/), und wie viele sind dies nicht?
42. Abgeordneter
Dr. Christian Jung
(FDP)
- Wie viele Anträge für die Abwrackprämie für Lkw sind seit dem Beginn des Förderprogramms eingegangen, und wie viele davon haben auch die Förderung für Trailer-Technologien beantragt (www.eurotransport.de/artikel/lkw-austauschprogramm-sieht-so-bekommen-sie-geld-fuer-lkw-und-trailer-11176403.html)?

43. Abgeordneter
Stefan Gelbhaar
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Aus welchem Grund hat das Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur (BMVI) den ersten Zwischenbericht der Bundesanstalt für Straßenwesen (BASt) zur Begleitung der Teilnahme von Elektrokleinstfahrzeugen am Straßenverkehr noch nicht veröffentlicht, obwohl die BASt ihn dem BMVI, wie in der Leistungsbeschreibung vereinbart, bereits im vierten Quartal 2020 zugesandt hat, und wann plant das Bundesverkehrsministerium die Veröffentlichung des Zwischenberichts (Leistungsbeschreibung FE 77.0522/2019 „Wissenschaftliche Begleitung der Teilnahme von Elektrokleinstfahrzeugen am Straßenverkehr“, S. 6)?
44. Abgeordneter
Stefan Gelbhaar
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie begründet es die Bundesregierung, dass der 17. Bauabschnitt der A 100 in Berlin im Bundesverkehrswegeplan als Vordringlicher Bedarf und als „im Bau“ eingestuft ist, obwohl es bisher weder eine baurechtliche Planung noch eine Baugenehmigung dafür gibt, und plant die Bundesregierung den Weiterbau der A 100 auch gegen einen expliziten Wunsch der Berliner Landesregierung (laut Koalitionsvereinbarung des Berliner Senats für die Legislaturperiode 2016 bis 2021 soll der geplante 17. Bauabschnitt der A 100 nicht weiterverfolgt werden, s. S. 48)?
45. Abgeordneter
Torsten Herbst
(FDP)
- In welchem Umfang sind die im Bundeshaushalt 2018, 2019 und 2020 für den Bau von Radschnellwegen bereitgestellten Mittel (Haushaltstitel 882 91-692) bisher abgeflossen, und wie hoch waren nach Kenntnis der Bundesregierung die durchschnittlichen Kosten pro Kilometer Radweg bei den durch die Mittel geförderten Radschnellwegen (bitte durchschnittliche Kilometerkosten einzeln angeben)?
46. Abgeordneter
Dr. André Hahn
(DIE LINKE.)
- Inwieweit sind von der Änderung des Sächsischen Straßengesetzes im Jahr 2019, nach dem Wege, die nicht in Bestandsverzeichnissen der Kommunen aufgeführt sind, ihren Status als öffentliche Straße zum 31. Dezember 2022 verlieren, nach Kenntnis der Bundesregierung auch Wege von bundesweiter Bedeutung (zum Beispiel Wanderwege in einem Nationalpark oder wichtige Wege für den Katastrophenschutz) betroffen, und inwieweit teilt die Bundesregierung die Sorge des Vereins „Sachsens Wege“ und vieler weiterer Bürgerinnen und Bürger, dass durch dieses Landesgesetz das bundesweit geltende allgemeine Betretungsrecht in Wald und Flur ausgehebelt werden kann (siehe auch „Versperrte Wege übers Land“ von Hendrik Lasch in neues deutschland vom 17. Februar 2021)?

47. Abgeordneter
Matthias Gastel
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- In welcher Weise darf von Festlegungen im Bundesfernstraßenausbaugesetz, wie im Falle der B 27 zwischen Aichtal und „Echterdinger Ei“, abgewichen werden, wenn sich im Rahmen der Planungen, Untersuchungen und der Öffentlichkeitsbeteiligung neue Aspekte oder Alternativvorschläge ergeben (bspw. für den Neubau einer Fahrspur nur in eine statt Fahrspuren in beide Richtungen oder der Länge von Fahrspuren), und kann für die planerische Weiterverfolgung dieser Abweichungen von den Festlegungen im Bedarfsplan nach Ansicht der Bundesregierung von einer Änderung des Gesetzes abgesehen werden (bitte erläutern, in welchen Fällen die gesetzliche Grundlage geändert bzw. nicht geändert werden muss)?
48. Abgeordneter
Matthias Gastel
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie hat sich die Anzahl der Gleisanschlüsse in den einzelnen Jahren von 2010 bis 2020 jeweils entwickelt, und wie viele neue bzw. reaktivierte Gleisanschlüsse hat der Bund im Jahr 2020 über die Gleisanschlussförderrichtlinie gefördert?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit

49. Abgeordnete
Sylvia Kottling-Uhl
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Sind im Falle der drei seit dem 11. Dezember 2019 genehmigten Ausfuhren von angereichertem Uranhexafluorid nach Russland der Empfänger und der Endverwender die gleichen Unternehmen (ggf. bitte unter Angabe des Endverwenders in jedem der drei Fälle, www.bmu.de/fileadmin/Date_n_BMU/Download_PDF/Nukleare_Sicherheit/ausfuhrgenehmigungen_brennelemente_bf.pdf), und welche Route ist der erste dieser Transporte nach Moskau gefahren (bitte unter Angabe der durchquerten Länder und der verwendeten Transportmittel)?

50. Abgeordnete
Sylvia Kottling-Uhl
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Aktivitäten im Bereich der Nuklearindustrie werden nach Kenntnis der Bundesregierung heute am Standort Tokai (oder Tokai-mura) in der Präfektur Ibaraki in Japan verfolgt (wie z. B. die Fertigung von Brennelementen oder die Nuklearforschung im Bereich Brennelemente), und wie genau beteiligt sich die Firma Kepco Nuclear Fuel nach Kenntnis der Bundesregierung an diesen Aktivitäten (www.mhi.com/products/energy/nuclear_fuel_cycle.html und www.bmu.de/fileadmin/Daten_BMU/Download_PDF/Nukleare_Sicherheit/ausfuehrgenehmigungen_brennelemente_bf.pdf)?
51. Abgeordneter
Oliver Krischer
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Hat die Bundesregierung Einspruch gegen das Urteil des Frankfurter Verwaltungsgerichtes zum Export von Brennelementen aus Jülich in die USA eingelegt (www.aachener-nachrichten.de/nrw-region/weg-fuer-usa-export-ist-frei_aid-54744685), und wie ist insgesamt der Sachstand bei diesem Vorgang?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung und Forschung

52. Abgeordnete
Margit Stumpp
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche konkreten Schritte gibt es seitens der Bundesregierung um den von der Bundesministerin für Bildung und Forschung Anja Karliczek wiederholt artikulierten Reformbedarf am Bildungsföderalismus, zuletzt in der aktuellen Ausgabe der ZEIT (www.zeit.de/2021/08/anja-karliczek-schule-digitalisierung-homeschooling-lockdown-corona) umzusetzen, und mit welchen Reaktionen darauf sind die Länder an die Bundesregierung herangetreten?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für
wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung**

53. Abgeordnete
**Eva-Maria
Schreiber**
(DIE LINKE.)
- Wie weit sind die Überlegungen der Bundesregierung gediehen, für die KfW-Bankengruppe alternative Standorte zu Mauritius zu prüfen, welches von der EU-Kommission als Drittland mit hohem Geldwäscherisiko eingestuft wurde, und was sind die bisherigen Ergebnisse der Gremiensitzungen der Deutschen Investitions- und Entwicklungsgesellschaft (DEG), die zumindest 39 Beteiligungen in Mauritius hält, zum Umgang mit diesen Beteiligungen und dem Standort Mauritius generell (Antwort der Bundesregierung auf meine Mündliche Frage 40, Plenarprotokoll 19/194, S. 24553 A)?
54. Abgeordnete
**Eva-Maria
Schreiber**
(DIE LINKE.)
- Inwiefern unterstützt die Bundesregierung die Aktivitäten des Deutschen Unternehmens G. W., in der Demokratischen Republik (DR) Kongo ein riesiges Eisenbahnprojekt zu realisieren (beispielsweise in Form einer Unterstützung der Deutschen Botschaft bei der Reise von Herrn W. zu diesem Zweck in die DR Kongo im Februar 2021, <https://acpcongo.com/index.php/2021/02/12/haut-katanga-etudes-de-faisabilite-pour-la-reliance-de-la-sncc/>, <https://zoom-eco.net/a-la-une/rdc-congo-railway-lance-les-etudes-de-faisabilite-de-son-vaste-projet-ferroviaire-evalue-a-25-milliards-usd/>), und hält die Bundesregierung die Kooperation des Afrikabeauftragten der Bundeskanzlerin und des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, Günter Nooke, mit Herrn W. bei der angestrebten Realisierung des Megastaudamms INGA3 in der DR Kongo angesichts des laut Süddeutscher Zeitung fraglichen Engagements von Herrn W. für angebracht (www.sueddeutsche.de/wirtschaft/kongo-bahn-wagner-1.5204493?reduced=true)?

Geschäftsbereich der Bundeskanzlerin und des Bundeskanzleramtes

55. Abgeordneter
Dr. André Hahn
(DIE LINKE.)
- Inwieweit teilt die Bundesregierung meine Position, dass die letzte Wohnstätte von Käthe Kollwitz im Moritzburger Rüdenhof (Sachsen) eine Gedenkstätte von nationaler Bedeutung ist, und welchen Beitrag kann der Bund (auch im Zusammenwirken mit dem Freistaat Sachsen und weiteren Akteuren) leisten, um das Käthe-Kollwitz-Haus für die Öffentlichkeit in einem guten baulichen Zustand sowie mit ansprechenden inhaltlichen Angeboten zu erhalten (siehe auch „Wo Käthe Kollwitz 1944 nur noch Wolken zählte“ von Ingeborg Ruthe in der Berliner Zeitung vom 17. Februar 2021)?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen

56. Abgeordneter
Frank Schäffler
(FDP)
- In welcher Weise wurde das Bundesministerium der Finanzen (BMF) im Rahmen des zwischen der Deutschen Bundesbank und der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) vereinbarten Ablaufschemas für den Erlass von Leerverkaufsverboten beteiligt (bitte aus Sicht der Bundesregierung die fünf wichtigsten Kontaktaufnahmen im Februar 2019 mit den jeweils beteiligten Personen, Datum, Uhrzeit, Art des Kommunikationsmittels und wesentlichen Inhalt darstellen)?
57. Abgeordneter
Uwe Kekeritz
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche der in der Sitzung des Finanzausschusses des Deutschen Bundestages am 27. Januar 2021 als wünschenswerte Änderungen von der Bundesregierung vorgetragene Punkte, insbesondere bezüglich der konkreten Festlegung von Veröffentlichungszeitpunkten für geplante Finanzierungsvorhaben, konnten bisher bei der Reform des „Environmental and Social Framework“ (ESF) bei der Asiatischen Infrastruktur-Investitionsbank (AIIB) durch die Bundesregierung bis jetzt in den Gesprächen durchgesetzt werden, und wie ist der derzeitige Zeitplan zur Verabschiedung des neuen ESF?

58. Abgeordneter
Niema Movassat
(DIE LINKE.)
- Sind die vom Bundesministerium der Finanzen angekündigten Steuererhöhungen auf E-Zigaretten so hoch geplant wie in den Medien aktuell berichtet wird (www.tagesspiegel.de/wirtschaft/dras-tische-preissteigerungen-moeglich-bundesregierung-will-auch-e-zigaretten-tabaksteuer-erheben/26917818.html), und inwiefern läuft diese Steuererhöhung dem gesundheitspolitischen Ziel der harm reduction (Schadensminimierung) entgegen, weil sie durch die Preissteigerung den Umstieg von Tabakrauchen auf E-Zigaretten nicht mehr fördert?
59. Abgeordneter
Stefan Schmidt
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welcher Zeitplan für die weitere Beratung des Referentenentwurfs aus dem Bundesministerium der Finanzen „Entwurf eines Gesetzes zur Modernisierung des Tabaksteuergesetzes“ im Kabinett ist der Bundesregierung bekannt, und inwiefern plant die Bundesregierung, die Besteuerung von Heat-Not-Burn-Produkten und E-Zigaretten unilateral auf nationaler Ebene zu ändern, nachdem die Bundesregierung noch im Januar 2019 aufgrund einer fehlenden harmonisierten Besteuerungsgrundlage von Tabakerhitzern und anderen neuartigen Rauchprodukten vor einer Fragmentierung des EU-Binnenmarktes gewarnt und für eine gemeinsame Herangehensweise der EU-Mitgliedstaaten bei der Überarbeitung der EU-Tabaksteuerrichtlinie auf EU-Ebene geworben hat (Antwort der Bundesregierung zu Frage 6 der Kleinen Anfrage auf Bundestagsdrucksache 19/16325)?
60. Abgeordneter
Stefan Schmidt
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Inwiefern ist es nach Einschätzung der Bundesregierung mit der EU-Tabaksteuerrichtlinie (2014/64/EU) vereinbar, nikotinhaltige E-Zigaretten-Liquids im Rahmen des Tabaksteuergesetzes zu besteuern, obwohl nikotinhaltige E-Zigaretten-Liquids keinen Tabak enthalten, und inwiefern ist es nach Einschätzung der Bundesregierung mit der EU-Tabaksteuerrichtlinie (2014/64/EU) vereinbar, Heat-Not-Burn-Produkte im Tabaksteuergesetz als Rauchtobak zu klassifizieren sowie als Pfeifentobak zu besteuern und gleichzeitig eine zusätzliche Steuer für Heat-Not-Burn-Produkte innerhalb der Klassifizierung als Rauchtobak zu erheben?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern,
für Bau und Heimat**

61. Abgeordnete
Caren Lay
(DIE LINKE.)
- Ist es nach Kenntnis der Bundesregierung wahr, dass wohngeldbeziehende Alleinerziehende praktisch keine finanzielle Entlastung durch die Anhebung des Entlastungsbetrags für Alleinerziehende im zweiten Corona-Steuerhilfegesetz vom 29. Juni 2020 erhalten, sondern am Ende sogar weniger Einkommen haben könnten, weil die Steuerentlastung in die Berechnung des Wohngelds einfließt und das geringere Wohngeld die Steuerentlastung mehr als aufhebt, wie mir eine Bürgerin ihren Fall in einem Brief schilderte, und plant die Bundesregierung, alleinerziehende Wohngeldbeziehende durch Corona-Hilfen finanziell stärker zu entlasten?
62. Abgeordneter
Martin Hohmann
(AfD)
- Welche Fallzahlen gab es nach Kenntnis der Bundesregierung in den Jahren von 2014 bis 2016 jeweils zu Vergewaltigungen, sexueller Nötigung und häuslicher Gewalt?
63. Abgeordnete
Dr. Ingrid Nestle
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie unterschieden sich die auf Grundlage des Planungssicherungsgesetzes vom 20. Mai 2020 (BGBl. I S. 1041 in der Bekanntmachung vom 28. Mai 2020) als Ersatz eines Erörterungstermins möglichen Online-Konsultationen von schriftlichen Stellungnahmen in der Praxis, und inwiefern kann nach Ansicht der Bundesregierung eine solche Online-Konsultation die gleiche Funktion erfüllen wie ein Erörterungstermin, der berechtigten Personen mit Einwänden Gelegenheit geben soll, ihre Einwände zu erläutern sowie eine Aussprache über gegensätzliche Positionen zu ermöglichen?
64. Abgeordneter
Oliver Luksic
(FDP)
- Welche kurzfristigen Maßnahmen plant die Bundesregierung aktuell, um Staus und anderweitige Verzögerungen für den Straßengüterverkehr an den Grenzen aufgrund von Coronamaßnahmen soweit möglich zu vermeiden, und wie arbeitet sie diesbezüglich mit unseren Nachbarstaaten zusammen?

65. Abgeordneter
Dr. Christian Jung
(FDP)
- Wie viele Lkw aus Tirol und Tschechien sind nach Kenntnis der Bundesregierung seit der Einführung der strengeren Einreiseregulungen am 14. Februar 2021 an der Einreise nach Deutschland gehindert worden, da sie die Einreiseregulungen nicht erfüllt haben, und plant die Bundesregierung, sich für diese Grenzgebiete den „Green Lane“-Vereinbarungen der EU anzuschließen (www.eurotransport.de/artikel/corona-lkw-chaos-in-tirol-drohender-kollaps-an-der-grenze-11178489.html)?
66. Abgeordnete
Ulla Jelpke
(DIE LINKE.)
- Welche Möglichkeiten der Passbeschaffung gibt es nach Kenntnis der Bundesregierung für guineische Geflüchtete in Deutschland, vor dem Hintergrund, dass die Botschaft der Republik Guinea zurzeit keine Pässe für guineische Staatsangehörige ausstellt (www.amba-guinee.de/consulat/features/visas-passeports-droit.html), diese jedoch zur Verfestigung von Bleibereichtsperspektiven wie Ausbildungs- oder Beschäftigungsduldung im Rahmen der Identitätsklärung zum Teil erforderlich sind, und auf Basis welcher Dokumente können vermeintlich guineische Staatsangehörige von Bund und Ländern nach Guinea abgeschoben werden, da nach meiner Kenntnis zum Teil ausreisepflichtige guineische Geflüchtete ohne einen gültigen Pass in Abschiebehaft genommen werden, ohne zuvor bei der sogenannten guineischen Expertendelegation vorgeführt worden zu sein, die zurzeit mit der Passersatzpapierbeschaffung bzw. der Ausstellung von Heimreisedokumenten in Deutschland betraut ist (Bundestagsdrucksache 19/24323)?
67. Abgeordnete
Luise Amtsberg
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie schützt die Bundesregierung konkret Ortskräfte, die in Afghanistan für die Bundeswehr arbeiten und aufgrund ihrer Tätigkeit z. T. lebensgefährlichen Bedrohungen durch die Taliban ausgesetzt sind, und auf welchem Wege wird sichergestellt, dass auch nach einem etwaigen Truppenabzug der Bundeswehr aus Afghanistan Gefährdungsanzeigen von Ortskräften bearbeitet werden?
68. Abgeordneter
Konstantin Kuhle
(FDP)
- Welche Ansätze aus dem Europäischen Aktionsplan für Demokratie (KOM/2020/790 endg.), die keine Regelungen mit Gesetzescharakter erfordern, aber zur Stärkung der gesellschaftlichen Resilienz beitragen, meinte die Bundesregierung in ihrer Antwort zu Frage 3 der Kleinen Anfrage der Fraktion der FDP auf Bundestagsdrucksache 19/26366, und welche dieser Ansätze plant die Bundesregierung noch vor der Bundestagswahl 2021 umzusetzen?

Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts

69. Abgeordneter
Konstantin Kuhle
(FDP) Welche Schlussfolgerungen hat die Bundesregierung aus der Mitteilung der Europäischen Kommission „Bekämpfung von Desinformation im Internet: ein europäisches Konzept (KOM/2018/236 endg.)“ gezogen, und welche konkreten Handlungen folgten daraus?
70. Abgeordneter
Dr. Anton Friesen
(AfD) Gibt es nach Kenntnis der Bundesregierung Staaten (bzw. ggf. welche), die für eine Einreise deutscher Staatsbürger zwingend eine COVID-19-Impfung voraussetzen (www.adac.de/news/corona-impfung-reise-urlaub/)?
71. Abgeordneter
Dr. Anton Friesen
(AfD) Auf welche konkrete Vorgänge und Akteure bezieht sich der Bundesminister des Auswärtigen Heiko Maas mit seiner Äußerung vor dem Deutschen Bundestag am 10. Februar 2020: „Wir haben beantragt, den NATO-Russland-Rat einzuberufen; wir warten bis heute auf eine Antwort aus Russland. Wir haben auf Russlands Ankündigung, aus dem Vertrag über den Offenen Himmel auszuweichen, gemeinsam mit 15 weiteren Außenministern und Außenministerinnen ein Dialogpaket entwickelt und ein Angebot gemacht. Bis heute fehlt jede russische Reaktion darauf.“ (Plenarprotokoll 19/208, S. 26243)?
72. Abgeordnete
Gökay Akbulut
(DIE LINKE.) Inwieweit hat die Bundesregierung, wie vom Sprecher des Auswärtigen Amts, Herrn Christofer Burger, in der Regierungspressekonferenz vom 31. Januar 2020 angekündigt (www.auswaertigesamt.de/de/newsroom/regierungspressekonferenz/2302156#content_1), die Bemühungen des Türkischen Roten Halbmonds zur Bereitstellung von Unterkünften in dem von Dschihadisten und türkischen Sicherheitskräften kontrollierten Mashhad Ruhin im Gouvernement Idlib mit 25 Mio. Euro unterstützt (anders als in der Antwort der Bundesregierung auf meine Mündliche Frage 89, Plenarprotokoll 19/208, S. 26309), und wie viel Euro Hilfgelder aus Deutschland sind davor schon direkt oder indirekt an den Türkischen Roten Halbmond für Projekte in Idlib geflossen (bitte Hilfgelder unter Nennung der konkreten Empfängerorganisation einzeln aufschlüsseln)?

73. Abgeordnete
Gökay Akbulut
(DIE LINKE.)
- Inwieweit kann die Bundesregierung ausschließen, dass Teile von den 25 Mio. Euro Hilfsgeldern, die die Bundesregierung an den UNHCR zur Verbesserung von Unterkünften in Nordwestsyrien überwiesen hat (Antwort der Bundesregierung auf meine Mündliche Frage 89, Plenarprotokoll 19/208, S. 26309) an den Türkischen Roten Halbmond, die aufgrund einer Korruptionsaffäre hochumstritten ist (www.berliner-zeitung.de/politik-gesellschaft/bundesregierung-ueberweist-25-millionen-ueber-umwege-an-erdogan-clan-li.6048), oder an die dort sehr aktive und in Deutschland, u. a. aufgrund einer Spende an die Hamas (<https://taz.de/Verbot-der-Hilfsorganisation-IHH/!5139178/>), verbotene Organisation IHH geflossen sind (bitte konkret nach einzelnen Organisationen aufschlüsseln)?
74. Abgeordnete
Margit Stumpp
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Schlussfolgerungen und Konsequenzen zieht die Bundesregierung aus drohenden Einschränkungen der Pressefreiheit in Polen durch die angekündigte Gesetzgebung der polnischen Regierungspartei Recht und Gerechtigkeit (PIS), über die verschiedene Medien berichten (Süddeutsche Zeitung vom 14. Februar 2021, www.sueddeutsche.de/politik/polen-pressefreiheit-repressalien-1.5206153)?
75. Abgeordnete
Heike Hänsel
(DIE LINKE.)
- Welche Schlussfolgerungen zieht die Bundesregierung aus dem am 12. Februar 2021 von der UN-Sonderberichterstatterin, Alena Douhan, vorgelegten vorläufigen Bericht über die negativen Auswirkungen der Sanktionen auf die humanitäre Lage in Venezuela, und teilt die Bundesregierung die Einschätzung von Douhan, wonach die Sanktionen nicht nur gegen internationales Recht verstoßen, sondern in ihren Auswirkungen auf einzelne Wirtschaftszweige die humanitäre Lage im Land entscheidend verschlechtern haben (www.ohchr.org/EN/NewsEvents/Pages/DisplayNews.aspx?NewsID=26747&LangID=E)?
76. Abgeordneter
Andrej Hunko
(DIE LINKE.)
- Wie bewertet die Bundesregierung aktuell die Lage von Menschenrechten und Rechtsstaatlichkeit im Iran beispielsweise bezüglich politischer Verfolgung, Verhaftung, Folter und Hinrichtung von Oppositionellen, und hält sie es angesichts dieser Einschätzung für vertretbar, iranische Oppositionelle, die in Deutschland Schutz suchen, gegenwärtig in den Iran abzuschicken?

77. Abgeordneter
Andrej Hunko
(DIE LINKE.)
- Hat die Bundesregierung die jüngsten militärischen Angriffe der Türkei in Gebieten des Nordirak, die laut Präsident Recep Tayyip Erdoğan darauf abzielen, „jenseits unserer Grenzen einen Sicherheitsbereich zu erschaffen, um unser Volk und unseren Staat zu schützen“ („Militäreinsatz der Türkei: Erdogan kämpft gegen Terror – und spricht von 13.000 ‚zerstörten‘ Menschen“, Frankfurter Rundschau vom 18. Februar 2021), gegenüber der Türkei verurteilt, und wenn ja, in welcher Form?
78. Abgeordneter
Uwe Kekeritz
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Kenntnisse hat die Bundesregierung über das Schicksal von verschwundenen Mitgliedern der ugandischen Oppositionspartei NUP bzw. verschwundener Unterstützerinnen und Unterstützer des ugandischen Oppositionskandidaten Bobi Wine (www.dw.com/en/uganda-unease-after-all-ged-election-abductions/a-56526053), und welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung aus den Anschuldigungen des ugandischen Präsidenten Yoweri Museveni, ausländische Gruppen und Mitglieder der LGBTI-Community hätten gewalttätige Proteste initiiert, um das Land zu destabilisieren (www.washingtonpost.com/politics/2021/02/16/after-violent-election-ugandas-government-faces-three-big-challenges/)?
79. Abgeordneter
Ottmar von Holtz
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Konsequenzen für die bilaterale Zusammenarbeit sowie für die Entwicklungszusammenarbeit zieht die Bundesregierung aus den aktuellen Berichten von Human Rights Watch zu dem wahllosen Beschuss von urbanen Gebieten in Tigray durch das äthiopische Militär, bei welchem mindestens 83 Zivilistinnen und Zivilisten im November 2020 ums Leben kamen (www.hrw.org/news/2021/02/11/ethiopia-unlawful-shelling-tigray-urban-areas)?
80. Abgeordneter
Ottmar von Holtz
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Informationen liegen der Bundesregierung zum Stand der Planungen des EU-AU-Gipfels (EU – Europäische Union, AU – Afrikanische Union) unter der portugiesischen Ratspräsidentschaft im 1. Halbjahr dieses Jahres vor, und welche Bemühungen unternimmt die Bundesregierung, um eine möglichst vielfältige afrikanische Perspektive (der Afrikanischen Union, der afrikanischen Staaten sowie der jeweiligen Zivilbevölkerungen) während des Gipfels zu unterstützen (www.devex.com/news/portugal-aims-to-revitalize-eu-s-africa-push-98864)?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für
Wirtschaft und Energie**

81. Abgeordnete
Dr. Julia Verlinden
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wann wird das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie eine Verordnung gemäß § 95 Nummer 3 EEG 2021 vorlegen, um die kommunale Beteiligung auch für andere Technologien als Windenergie zu öffnen, und wann wird das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie eine Verordnung gemäß § 95 Nummer 3a vorlegen, um die Ausschreibungsbedingungen für Pionierwindanlagen zu regeln, deren Finanzierungszeitraum nach 20 Jahren abgelaufen ist?
82. Abgeordneter
Kai Gehring
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Werden für den Siemens Mobility-Auftrag zum Aufbau des ersten Hochgeschwindigkeitsnetzes in Ägypten (<https://press.siemens.com/global/de/pressmitteilung/siemens-mobility-unterzeichnet-we-gweisende-absichtserklaerung-zum-aufbau-des-Hermesbürgschaften>) in Aussicht gestellt, und wie genau werden in Prüfverfahren für die Vergabe von Exportkreditgarantien Umwelt- und Menschenrechtsstandards berücksichtigt (in diesem etwaigen Fall sowie generell)?
83. Abgeordnete
Lisa Badum
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Werden Brauereigaststätten, die bisher als „Mischbetriebe“ durch das Förderraster der Corona-November- und -Dezemberhilfen gefallen sind, durch den von dem Bundesminister für Wirtschaft und Energie Peter Altmaier angekündigten „Härtefallfond“ (www.sueddeutsche.de/politik/coronakrise-altmaier-kuendigt-neue-wirtschaftshilfen-an-1.5208379) förderberechtigt, und bis spätestens wann kann mit der Auszahlung der Fördergelder gerechnet werden?
84. Abgeordnete
Lisa Badum
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- In welcher Höhe wurden bislang Fördermittel über das Förderprogramm „Zukunftsinvestitionen der Fahrzeughersteller und der Zulieferindustrie“ (Ziffer 35c des Corona-Konjunkturpakets) bewilligt, und wann ist mit der Veröffentlichung der vier geplanten Förderrichtlinien aus dem Programm zu rechnen, nachdem bereits im November 2020 die Förderrichtlinien in Bearbeitung waren (Antwort der Bundesregierung auf meine Schriftliche Frage 35 auf Bundestagsdrucksache 19/24511)?

85. Abgeordneter
Torsten Herbst
(FDP)
- Auf welchen Betrag beliefen sich nach Kenntnis der Bundesregierung die im Jahr 2020 angefallenen Kosten für sogenannte Einspeisemanagement-Maßnahmen im Stromnetz, mit denen Betreiber von Windkraft- und Solaranlagen für eine abgeregelte Stromeinspeisung entschädigt werden, und wie hat sich dieser Betrag in den vergangenen zehn Jahren entwickelt (bitte pro Jahr einzeln angeben) (www.spiegel.de/wirtschaft/soziale/s/oekostromanlagen-kosten-fuer-abregelungen-stiegen-auf-bis-zu-1-34-milliarden-euro-a-e0f98062-ac44-43ef-944a-3957e902aa78)?
86. Abgeordnete
Sevim Dağdelen
(DIE LINKE.)
- In welcher Form (bspw. durch finanzielle, personelle Unterstützungsleistungen, anderweitig erbrachte Leistungen) hat die Bundesregierung die Teilnahme deutscher Firmen als Aussteller an der internationalen Rüstungsmesse IDEX einschließlich der angegliederten Marinemesse NAVDEX 2021 in Abu Dhabi begleitet (bitte ggf. entsprechend die Höhe der Leistung einschließlich Geldwert und Verwendungszweck auflisten), und welche Termine haben Vertreterinnen und Vertreter der Bundesregierung auf der internationalen Rüstungsmesse IDEX/NAVDEX 2021 in Abu Dhabi wahrgenommen (bitte ggf. namentlich einschließlich Funktion der Vertreterinnen und Vertreter, Gesprächspartnerinnen und Gesprächspartner und Zweck des Termins auflisten)?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz und für Verbraucherschutz

87. Abgeordnete
Martina Renner
(DIE LINKE.)
- Hat der Generalbundesanwalt beim Bundesgerichtshof (GBA) anlässlich von Bomben- und Brandanschlägen, die in den 1990er Jahren im Saarland stattgefunden haben und bisher nicht aufgeklärt wurden (www.spiegel.de/panorama/justiz/anschlaege-im-saarland-ermittlungsgruppe-prueft-verbindungen-zur-terrorzelle-a-801798.html; <https://jungle.world/artikel/2020/35/terror-der-saar>), Prüfungsvorgänge im Allgemeinen Register für Staatsschutzstrafsachen (ARP) eingeleitet, und um welche dieser Anschläge geht es dabei jeweils?

88. Abgeordnete
Martina Renner
(DIE LINKE.)
- Sind die mit den Ermittlungen des GBA zum Brandanschlag am 19. September 1991 auf die Geflüchtetenunterkunft in Saarlouis-Fraulautern und der Ermordung von Samuel Yeboah befassten Behörden nach Kenntnis der Bundesregierung bemüht, Angehörige des Ermordeten Samuel Yeboah oder weitere Personen ausfindig zu machen, die durch den Brandanschlag als Verletzte im Sinne der Strafprozessordnung anzusehen sind, und wenn ja, wie viele dieser Verletzten im Sinne der Strafprozessordnung konnten bisher durch die Behörden ermittelt werden?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales

89. Abgeordneter
Dr. Rainer Kraft
(AfD)
- Wie wird die Bundesregierung sicherstellen, dass durch den Bund im Ausland beschaffte Vorleistungsgüter oder Fertigerzeugnisse in allen Phasen ihrer Lieferkette analog zum Lieferkettengesetz auf etwaige umweltschädigende oder gegen die Arbeitsbedingungen verstoßende Produktionsverfahren zurückzuverfolgen sind (www.bmas.de/SharedDocs/Videos/DE/Artikel/Europa-und-die-Welt/heil-lieferkettengesetz-kommt.html)?
90. Abgeordneter
Dr. Rainer Kraft
(AfD)
- Welche Schlussfolgerungen zieht die Bundesregierung aus dem im Auftrag des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales erstellten Forschungsbericht, dass im Zuge der Mindestlohn-einführung die Länge der Praktika tendenziell reduziert wurde und die Einführung des Mindestlohns tendenziell zu einer Verschiebung hin zu nichtmindestlohnpflichtigen Praktikumsverhältnissen geführt hat (www.bmas.de/SharedDocs/Downloads/DE/Publikationen/Forschungsberichte/fb559-auswirkungen-gesetzlicher-mindestlohn-praktikumsverhaeltnisse.pdf?__blob=publicationFile&v=2)?
91. Abgeordnete
Sabine Zimmermann
(Zwickau)
(DIE LINKE.)
- Welches sind nach Kenntnis der Bundesregierung die sieben Wirtschaftsabteilungen mit den größten Abständen zwischen den Medianentgelten von westdeutschen und ostdeutschen Beschäftigten (bitte die jeweiligen Medianentgelte sowie die Abstände prozentual und in absoluter Zahl angeben)?

92. Abgeordnete
Ulla Jelpke
(DIE LINKE.)

Wie positioniert sich die Bundesregierung, auch unter Auswertung der Anhörung des Ausschusses für Arbeit und Soziales des Deutschen Bundestages vom 25. Januar 2021, zu Vorschlägen einer Aufarbeitung der Umsetzung des Bundesversorgungsgesetzes, wie sie in einer Resolution des belgischen Parlaments vom 14. März 2019 (Séance plénière [lchambre.be]) enthalten sind, und setzt sie sich gegenüber den zuständigen Behörden in Deutschland dafür ein, sämtlichen Akten, die für eine solche Aufarbeitung relevant sein könnten, zu archivieren, anstatt sie einer ggf. geplanten Vernichtung zuzuführen?

